



Sylvia Kotting-Uhl

Mitglied des Deutschen Bundestages
Bündnis 90/Die Grünen

Sylvia Kotting-Uhl MdB · Deutscher Bundestag · 11011 Berlin



Hubertus Zdebel

Mitglied des Deutschen Bundestages
Die Linke

Hubertus Zdebel MdB · Deutscher Bundestag · 11011 Berlin

An die Bundesministerin für Wirtschaft
und Energie Brigitte Zypries und
die Bundesministerin für Umwelt,
Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit
Dr. Barbara Hendricks

Per Mail: info@bmwi.bund.de
Per Mail: barbara.hendricks@bmub.bund.de
Per Mail: maileingang@bmub.bund.de
Per Mail: brigitte.zypries@bmwi.bund.de

Berlin, den 25. Januar 2018

Staatliche Beihilfe für das AKW-Neubauprojekt Paks II

Sehr geehrte Frau Bundesministerin Zypries, sehr geehrte Frau Bundesministerin Dr. Hendricks,

nachdem die Europäische Kommission bereits bei der Genehmigung für die staatlichen Beihilfen zum britischen AKW-Neubau Hinkley Point C beide Augen zugedrückt hatte, gab sie am 06. Mai 2017 auch grünes Licht für die Subventionen beim AKW-Neubau im ungarischen Paks. In einem vorgelagerten Ermittlungsverfahren entschied die Kommission zudem, dass auch die fehlende Ausschreibung für das Atomprojekt nicht gegen EU-Recht verstoße und keine Konsequenzen nach sich zieht.

Der russische Staatskonzern Rosatom soll die zwei neuen Reaktoren am Standort Paks bauen. Auch der Großteil der Kosten, geplante 12,5 Milliarden Euro, soll durch einen russischen Kredit vorfinanziert werden. Ob es bei dieser Summe bleiben wird, ist angesichts der massiven Kostensteigerungen bei den anderen europäischen Neubauprojekten im Atombereich höchst fraglich. Die ungarischen Steuerzahlerinnen und Steuerzahler werden am Schluss nicht nur den Kredit, sondern auch die Mehrkosten tragen müssen.

Aber auch Deutschland wird von dem Ausbau in Ungarn betroffen sein. Der Bau des Atomkraftwerks gefährdet nicht nur die ungarische und die direkt angrenzende, sondern auch die deutsche Bevölkerung. Paks liegt nur 440km von der deutschen Grenze entfernt. Negative Umweltauswirkungen und radioaktiver Fallout in Deutschland sind bei einem Super-Gau in Paks nicht auszuschließen.

Genauso wie die staatliche Förderung Hinkley Point C in Großbritannien, werden auch die Subventionen für den Neubau in Paks den deutschen Energiemarkt zum Nachteil der Erneuerbaren verzerren. Das Analyseinstitut Energy Brainpool hatte bereits 2016 im Auftrag von Greenpeace Energy in einer Studie belegt, dass Stromimporte aus Paks II den deutschen Börsenstrompreis um rund 70 Cent je Megawattstunde dämpfen würden.

Bei Atomkraft handelt es sich weder um eine umweltschonende noch um eine junge und damit förderungswerte Energieform. Nicht ohne Grund wurde die Atomkraft in den EU-Beihilfeleitlinien für Umwelt und Energie 2014–2020 ausgenommen.

Die österreichische Bundesregierung hat am vergangenen Montag bekanntgegeben, eine Nichtigkeitsklage vor dem Europäischen Gerichtshof einzubringen, um die Aufhebung des Rechtsakts zu veranlassen. Der Wissenschaftliche Dienst des Bundestags kommt in einer Ausarbeitung zu dem Ergebnis, dass auch die Bundesregierung im Namen Deutschlands ohne jegliche Einschränkungen eine Nichtigkeitsklage erheben kann. Mitgliedstaaten gehören nach Art. 263 Abs. 2 AEUV zu den sog. privilegierten Klägern, die im Verfahren der Nichtigkeitsklage ohne besondere Voraussetzungen an die Klageberechtigung gegen Organhandlungen vorgehen können.

Deswegen fordern wir Sie auf, sich umgehend dem österreichischen Klageverfahren anzuschließen oder ein eigenes Klageverfahren anzustreben. Die offizielle Klagefrist endet am 25. Februar 2018.

Das Vorgehen sowohl in Großbritannien als auch in Ungarn zeigt deutlich: Atomkraft rechnet sich nur, wenn sie massiv staatlich unterstützt wird. Eine gefährliche Technologie, die sich auch nach 60 Jahren immer noch nicht alleine am Markt behaupten kann, ist wirtschaftlich nicht tragbar und darf nicht weiter gefördert werden.

Meint es die deutsche Bundesregierung im eigenen Land ernst mit Atomausstieg und Energiewende, kann sie aufgrund des Risikos der Atomkraft, der ungelösten Endlagerfrage für hochradioaktiven Müll sowie den nachteiligen Auswirkungen auf die Erneuerbaren Energien in Deutschland und ganz Europa nur zum dem Schluss kommen, Klage einzureichen.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in blue ink, appearing to read "Sylvia Kolbinger". The signature is written in a cursive style with a large initial 'S'.